

# Paroli

Linke Blätter  
für Stadt,  
Landkreis und  
Universität  
Ausgabe Nr. 26  
Mai 2015

## Wohnungspolitik bleibt Großbaustelle

Rot-Grün konzentriert geförderte Wohnungen am Richtsberg und im Waldtal

In Marburg ist es schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Stadtregierung rühmt sich, dass in der Vergangenheit viele Wohnungen in Marburg gebaut worden sind. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die Koalition aus SPD und Grünen hat zu lange das hohe Lied vom freien Markt gesungen und auf Privatinvestoren gesetzt. Diese haben begierig in Betongold investiert und vor allem die Renditen für die Kapitalgeber im Sinn. Das Ergebnis: Die Mieten sind in den letzten Jahren förmlich explodiert. Die durchschnittliche Nettokaltmiete beträgt 8,70 Euro pro Quadratmeter.

Immerhin hat der öffentliche Druck in der Wohnungsfrage ge-

wirkt. SPD und Grüne mussten sich korrigieren. Zu Beginn der Legislatur hatte die Marburger Linke die Erstellung eines Wohnraumförderkonzepts ins Gespräch gebracht. Vier Jahre später möchte die Koalition ein solches auf den Weg bringen. Zudem hat der Magistrat ein kommerzielles Gutachten in Auftrag gegeben, in welchem viele Maßnahmen vorgeschlagen werden, die bereits von der Marburger Linke in der Stadtverordnetenversammlung beantragt und von Rot-Grün abgelehnt worden sind, wie etwa eine Sozialquote bei privaten Bauvorhaben. **Fortsetzung S. 3**



▲ Wahlplakat des OB-Kandidaten der Marburger Linken Jan Schalauske

Foto: Laackman Fotostudios Marburg und Godela Linde (Hintergrund)

### Kommentar

## Zwischenruf von draußen

Am 31. März 2011 endete meine kommunalpolitische Zeit in Marburg. Wenn man aufhört, soll man das ebenso gründlich tun, wie man sich vorher abgestrampelt hat. Ich bin auch gar nicht mehr viel in Marburg. Mein kommunales Wahlrecht habe ich mir allerdings erhalten. Man könnte es einmal brauchen. Zum Beispiel jetzt.

Die Marburger Linke hat Jan Schalauske als Oberbürgermeisterkandidaten aufgestellt. Den wähle ich, und ich schiebe hiermit Reklame für ihn. Er ist das Gegenbild zu der in Marburg üblichen Charaktermaske der kommunalen Rampensau, also ein vor allem sachlicher Typ.

Seine Konkurrent(inn)en werden Wahlversprechen machen. Er dagegen hat bereits geliefert. Viele Vorschläge, die die Marburger Linke in den vergangenen Jahren gemacht hat, wurden von den anderen Parteien erst abgelehnt, aber dann, wenn der Problemdruck groß genug wurde, übernommen. Eine solche Bilanz hat sonst niemand. Wenn man wissen will, welche vernünftigen Dinge in den nächsten Jahrzehnten gegen alle Blockaden letztlich durchgesetzt werden, muss man nur in das gültige Wahlprogramm der Marburger Linken sehen. So wird es kommen.

Falls Jan Schalauske nicht gewählt werden sollte (und das könnte passieren), kommt es doch darauf an, wie viele Stimmen er erhält. Sie werden Teil des Drucks von links sein, unter den der oder die letztlich Gewählte vom ersten Tag an zu setzen ist.

Georg Fülberth

## Langer Atem gefragt

Sozial- und Erziehungsdienste streiken auch in Marburg

In ganz Hessen streiken in diesem Frühjahr die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsbereich. Kitas bleiben geschlossen, zahlreiche Demonstrationen finden statt. In mehreren Streikwellen gingen bislang 11.500 auf die Straße. Die Forderungen werden wohl noch viel Durchsetzungskraft

verlangen. Denn es geht um die tarifliche Neubewertung der sozialen und erzieherischen Tätigkeit; und damit um die Zukunft künftiger Generationen und um die sozialen Chancen auch von Erwachsenen. Ansprechpartner sind die Kommunen. Und die möchten sich gerne finanziell wegducken.



Foto: Thorsten Riecher

▲ Erzieherinnen protestieren vor der Sitzung des Sozialausschusses

Bei der ersten Marburger Demonstration der Erzieherinnen am 20. März hatten der Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken Henning Köster und die Vorsitzende der Marburger SPD Monika Biebusch den Streikenden ihre Solidarität versichert. Umso verwunderlicher war es, dass bei der Stadtverordnetenversammlung in der gleichen Woche sich nicht nur die bürgerlichen Fraktionen, sondern auch SPD und Grüne weigerten, einen Antrag der Marburger Linken, die Beschäftigten im Tarifkampf zu unterstützen, auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die aktiven Streikaktionen und die nahende OB-Wahl haben offenbar ein Umdenken befördert. Beim Sozialausschuss am 15. April, wo die Marburger Linke ihren Antrag wieder eingebracht hatte, machten 30 Erzieherinnen Dampf für seine Annahme. SPD und Grünen stimmten schließlich zu. Alles andere wäre ja wohl auch peinlich geworden.

reb

## Termine

## ▶ 70. Jahrestag der Befreiung

Filmabend: **Iwans Kindheit**

Regie: Andrei Tarkowski, UdSSR 62  
Veranstalter: Film AG der LINKEN  
Fr., 8. Mai, 20.00 Uhr, DGB-Haus

▶ **Marburg rauf und runter: das Nordviertel**

Stadtpaziergang mit Gert Meyer und Georg Fülberth  
So., 31. Mai, 12.30 Uhr, ab DGB-Haus, Bahnhofstraße 6

▶ **Sommerfest der LINKEN**

mit Janine Wissler (MdL)  
So., 31. Mai, 15.00 Uhr, in und am Café Rotkehlchen

## Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

▶ **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am Do., 28. Mai, 19.30 Uhr

▶ **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr

▶ DIE LINKE. **Kreis AG**, freitags, 15.00 Uhr

▶ Studierendenverband **SDS.die linke**, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

▶ Stammtisch des **LINKEN-Stadtverbandes Marburg**  
1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

## Ich will:

■ Infos über Treffen und Veranstaltungen

■ Mitglied werden

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

DIE LINKE, Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

## UKGM kommunalisieren?

## Idee wegen maroder Gemeindefinanzen nicht realistisch

Über die Forderung des SPD-Oberbürgermeisterkandidaten Dr. Thomas Spies, Marburg, Gießen und die beiden Landkreise sollten sich an einem Rückkauf des UKGM beteiligen, hat sich Henning Köster, Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken, erfreut gezeigt.

„Ich begrüße, dass Dr. Thomas Spies sich endlich unmissverständlich für einen Rückkauf des Uniklinikums Gießen und Marburg ausspricht, auch wenn ein Marburger Oberbürgermeister die Entscheidung letztlich nicht maßgeblich beeinflussen kann.“ Im Vorfeld der Landtagswahl 2013 habe er eine solche Aussage schmerzlich vermisst, obwohl es damals eine breite Bewegung für die Rückführung in öffentliches Eigentum gegeben habe.

„Wenn ich mir die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und

die Politik des Rhön-Konzerns anschau, dann ist eine Rückführung des UKGM in öffentliches Eigentum nach wie vor das beste Mittel, die gescheiterte Privatisierung zu korrigieren“, so Henning Köster.

Gespannt zeigt er sich, wie Dr. Spies seinen Vorschlag der städtischen Koalition aus SPD und Grünen schmackhaft machen wolle. „Die rot-grüne Mehrheit diskutiert aktuell, ob angesichts der Finanzlage soziale Standards gehalten wer-



Foto: Adolf Braun

▲ Henning Köster, Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken

## UKGM bald auch ambulant?

Rhön-Aufsichtsratschef Eugen Münch meint, die weitere Zukunft des UKGM am Standort Marburg läge nur in einer Übernahme der ambulanten Flächenversorgung. Die Aussage ist nicht nur ein Angriff auf die unabhängige Versorgung durch die niedergelassenen Ärzt/innen in der Region, sondern auch ein weiteres Eingeständnis, dass die Privatisierung des UKGM gescheitert ist und der Rhön-Konzern kein Konzept hat, wie er das Marburger Klinikum entwickeln möchte und die vielen drängenden Probleme (Personalmangel, Überlastung, usw.) lösen könnte.

Offensichtlich ist es das Ziel von Rhön, die komplette Gesundheitsversorgung unter Kontrolle zu bekommen, um diese besser im Sinne der Aktionär/innen

zu verwerten zu können. Zugespißt lässt sich die Rhön-Vision wie folgt zusammen fassen: Gesundheitsversorgung und -verwertung durch Rhön von der Wiege bis zur Bahre.

Klar, eine Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung und auch die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sind sinnvolle Vorhaben, aber nur dann, wenn sie in öffentlicher Verantwortung und im Falle des UKGM in öffentlichem Eigentum umgesetzt werden.

Ach so, wenn der Rhön-Konzern etwas übernehmen möchte, dann könnte er doch mit den qualifizierten und motivierten Auszubildenden anfangen, denen die Geschäftsführung keine Weiterbeschäftigung ermöglichen wollte. Jan Schalauske

den können. Ich sehe nicht, wo bei der Haushaltspolitik der Koalition die rund 20 Mio. Euro herkommen sollen, die Dr. Spies für eine Beteiligung der Stadt Marburg an einem Rückkauf einsetzen möchte.“ Die Vorschläge der Linken, die Einnahmen durch eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zu verbessern, würden von der Koalition regelmäßig abgeschmettert. Im Übrigen seien die Landkreise und die Stadt Gießen beim besten Willen finanziell nicht in der Lage, einen Rückkauf zu schultern.

„Für den Fall des Inkrafttretens der Change of Control-Klausel muss das Land Hessen vorbereitet sein, wie Dr. Spies zutreffend anmerkt. Hier ist aber in erster Linie die Landesregierung von CDU und Grünen gefordert, nicht die Stadt Marburg, entsprechende Vorkehrungen zu treffen.“ Es sei Aufgabe der Landtagsopposition von LINKEN und SPD, so Köster, die Landesregierung zu dieser Politik zu bewegen. Bei einer Wahl des SPD-Gesundheitspolitikers zum Oberbürgermeister würden künftige Debatten zum Thema im Landtag ohne ihn stattfinden.“

### Marburger Linke empfiehlt: „Ja“ zu Ortsbeiräten im Zentrum

Im Mai sollen alle Bürgerinnen und Bürger, die in Marburg ihren Erstwohnsitz haben, über 16 Jahre alt sind und in einem Stadtteil ohne Ortsbeirat wohnen, per Brief befragt werden, ob neue Ortsbeiräte in der Innenstadt eingerichtet werden sollen.

Ortsbeiräte sind Gremien der kommunalen Selbstverwaltung. Nach der Hessischen Gemeindeordnung haben sie ein Anhörungs- und Vorschlagsrecht zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen. Bisher gibt es in Marburg Ortsbeiräte in den Außenstadtteilen sowie in Ockershausen und am Richtsberg. Die Marburger Linke unterstützt die Einrichtung weiterer Ortsbeiräte in der Innenstadt, weil sie ein wichtiger Beitrag zu einer besseren Beteiligung der Bürger/innen sein können. Auch sollten ihre Kompetenzen erweitert werden, u.a. mit einem eigenen Budget und Antragsrecht. JS





▲ Stadtverordnete der Marburger Linken: Tanja Bauder-Wöhr, Jan Schalauske und Halise Adsan

## Auf Steuern verzichtet

Haushalt 2015/16 bleibt unterhalb der Möglichkeiten

Die Debatte in der Stadtverordnetenversammlung Ende Februar über den Doppelhaushalt 2015/16 der Stadt Marburg bot eigentlich nur zwei Überraschungen. Aufgrund einer unverhofften Gewerbesteuerzahlung wurden 13 Mio. Euro mehr an Einnahmen in den Haushalt eingestellt. Aber davon soll kein Cent ausgegeben werden, obwohl der Haushalt ausgeglichen ist. Selbst die mageren 50.000 Euro, die die Marburger Linke für längere Öffnungszeiten des Schwimmbades Wehrda beantragt hat, wurden nicht bewilligt. Die Rücklage soll möglichst wenig angetastet werden. Fragt sich, wofür sie eigentlich da ist.

Überraschend war auch, dass der Oberbürgermeister Egon Vaupel bekundete, dass man die Gewerbesteuer 2015 nicht anheben könne, weil man bei den Unternehmern im Wort stehe. Dass nicht die Stadtverordnetenversammlung, sondern die Unternehmen über die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes befinden, konnte man bisher nur vermuten. 2014 hatte Marburg den niedrigsten Satz aller hessischen Städte über 50.000 Einwohner/innen.

Dem Usus dagegen entsprach, dass die Haushaltsvorschläge der Marburger Linken alle abgelehnt wurden. Ob Summen unter 100.000 Euro für das Bad in Wehrda, für eine ganze Stelle beim Ausländerbeirat oder für einen Streetworker auf dem Richtsberg oder von jeweils 2 Mio. Euro für den sozialen Wohnungs-

bau, den Klimaschutz oder den Kulturhaushalt, war dabei unerheblich. Auch der größte Brocken der Fraktion, Mehrausgaben von 9 Mio. Euro für den Öffentlichen Nahverkehr fand keine Gnade. Mit diesem Geld will die Linke den Busverkehr ausbauen und für die Nutzer/innen kostenlos machen – um allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel, Mobilität zu ermöglichen und den Autoverkehr und den Parkplatzbedarf in der Innenstadt zu verringern.

Klingt utopisch, ist aber ohne Neuverschuldung finanzierbar. Die Marburger Linke hat gefordert, dass bei den Gewerbesteuereinnahmen endlich realistische Zahlen im Haushaltsplan verwendet werden. Zwischen 2009 und 2013 waren sie um 13,6 Prozent zu niedrig angesetzt – der sog. Möller-Vaupel-Faktor. Und sie hat eine Erhöhung des Hebesatzes auf Gießener Niveau gefordert (430 Punkte). Beide Maßnahmen hätten für 2015 Mehreinnahmen von 26 Mio. Euro und für 2016 von 19 Mio. Euro bedeutet.

Die Mehreinnahmen durch die Vorschläge der Marburger Linken wären 2016 geringer, weil der Magistrat den Hebesatz für 2016 selbst auf 400 Punkte erhöht. Das tut er nicht freiwillig, sondern weil der neue Kommunale Finanzausgleich Finanzmittel des Landes von der Ausschöpfung der eigenen Ressourcen abhängig macht. Da ist bei der Gewerbesteuer auch weiterhin viel Spielraum. *Nico Biver*

Fortsetzung von S. 1

## Wohnungspolitik ...

Um die Wohnungsnot zu mildern, müssen mehr öffentlich geförderte, bezahlbare und barrierefreie Wohnungen errichtet werden. Das ist der Kernbereich kommunaler Wohnungspolitik.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau ist dieser Aufgabe nicht gerecht geworden: Die Studierendenwohnungen im Hauptbahnhof sind überteuert und eine Notlösung; die geförderten Wohnungen im früheren EAM-Gebäude in der Uferstraße werden zu einem gewichtigen Teil an das UKGM vermietet und stehen Geringverdiener/innen gar nicht zur Verfügung.

Mit Hilfe des Landes Hessen sollen bis zu 300 Sozialwohnungen durch die Wohnungsbaugesellschaft GWH errichtet werden. Zweifelsohne ein erster Schritt. Leider sollen alte Fehler wiederholt und die

Wohnungen am Richtsberg und im Waldtal konzentriert werden, beides Stadtteile mit einer hohen Konzentration von geförderten Wohnungen. Städteplaner und Stadtforscher sind sich heute einig, dass sozialer Wohnungsbau über das Stadtgebiet verstreut werden muss, um eine Durchmischung der Quartiere zu gewährleisten.

Bis 2020 geht die Zahl der GeWoBau-Wohnungen mit Mietpreisbindung von 1100 auf 683 zurück. Dieser Rückgang muss kompensiert werden. Daher werden in Marburg allein bis 2020 mindestens 500 neue Sozialwohnungen benötigt. Auch die steigenden Zahlen von Geflüchteten machen weitere Anstrengungen bei der sozialen Wohnraumförderung notwendig. Die Wohnungspolitik dieser Koalition bleibt eine Großbaustelle. *Jan Schalauske*

## Fast eine Fünf

Mit einer Schulnote von 4,20 wäre Marburg auch bei dem diesjährigen Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) fast sitzengeblieben. Trotz des katastrophalen Ergebnisses von 2012 als Marburg mit 4,28 in Hessen unter allen 52 getesteten Kommunen Drittlletzter wurde, haben sich die Bedingungen für das Radfahren kaum verbessert. Heute ist nur in Hofheim, Dietzenbach und Wiesbaden das Klima für das Radfahren schlechter als in Marburg.

Die leichte Verbesserung der Marburger Note ist nicht der Stadt, sondern dem AStA zu verdanken: Mit der Bahn hat er dafür gesorgt, dass Studierende in der Stadt kostenlose Fahrräder zur Verfügung haben.

Jan Schalauske, der linke OB-Kandidat, ist in Marburg meist mit dem Rad unterwegs. Er hält einen spürbaren Ausbau der Radwege, eine bessere Instandhaltung und eine bessere Trennung von Fuß- und Radwegen für nötig. Die Sperrung der Elisabethstraße für den Autoverkehr müsse umgesetzt werden. „Im Übrigen würde ich es begrüßen, wenn Debatten über eine Verbesserung des Stadtklimas für Fahrrad-

fahrer wenigstens halb so viel Raum im Stadtparlament einnehmen würden, wie die von der CDU forcierten Diskussionen über einen angeblichen Parkplatzmangel.“



Foto: Johannes Linn

▲ Initiative der Linken: Mehr Sicherheit für Radfahrer/innen durch neue Spiegel an Ampeln

## Mehr Licht

Der Marburger Magistrat hat Mittel in den Doppelhaushalt 2015/2016 eingestellt, um den Radweg auf der westlichen Lahnseite zwischen „Am Grün“ und der „Lahnstraße“ mit einer Beleuchtung auszustatten. Die Initiative dazu kam von der Marburger Linken. Die Beleuchtung wird ein echter Fortschritt für alle sein, die den Weg auch nachts zu Fuß oder auf dem Fahrrad nutzen. *JS*

# 10 Jahre Hartz-IV und Lohnabbau

Mit der „Reform“ verarmten Erwerbslose und wurden Niedriglöhne durchgesetzt

Das Kernstück der rot/grünen Agenda 2010, das Hartz-IV-Gesetz, trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollte nach dem Willen von SPD und Grünen über den Grundsatz „Fördern und Fordern“ die Zahl der Erwerbslosen deutlich reduzieren.

10 Jahre später feiert man die niedrigste Arbeitslosenquote seit

## Höhere Diäten statt Nothilfe

Mieter/innen eines Mehrfamilienhauses in Stadtallendorf werden ernsthaft krank. Giftige Altlasten und erheblicher Schimmelbefall ruinieren ihre Gesundheit. Weil der Vermieter täuscht, wenden sich die Betroffenen an die zuständigen Behörden – darunter Fachbereiche der Kreisverwaltung. Erfolglos.

Die Bewohner/innen schalten die Lokalzeitung und DIE LINKE im Kreistag ein. Plötzlich kommt Bewegung in die Sache. Der Vermieter verspricht Schadensersatz.

Die Mieter/innen ziehen aus und stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand. Eine Abschlagszahlung des Vermieters erfolgt, weitere Beträge tröpfeln. Forderungen der Fraktion DIE LINKE, Vorkehrungen zu treffen, um in diesem und in ähnlichen Fällen unbürokratisch helfen zu können, werden von den Kreistagsabgeordneten aus grundsätzlichen und finanziellen Erwägungen heraus abgelehnt.

Dieselben Kreistagsabgeordneten weiten ohne solche Bedenken die Zahl ihrer Sitzungsgelder deutlich aus. Der finanzielle Aufwand entspricht etwa den nicht gewährten Soforthilfen für Familien in Not.

Die Fraktion DIE LINKE erklärte: „Man muss sich nicht für eine der beiden Ausgaben entscheiden. Aber wenn man sich entscheidet, sollte die Entscheidung zugunsten der Familien fallen.“ Die Kreistagsmitglieder der LINKEN haben den Antrag der großen Koalition auf Diätenerhöhung im Kreistag abgelehnt.

Ingeborg Cernaj

24 Jahren und die höchste Beschäftigtenzahl aller Zeiten und Deutschland bietet der Welt Hartz IV zur Nachahmung an. Von Januar 2005 bis März 2015 sank die Zahl der Arbeitslosen in Marburg-Biedenkopf von 9.558 auf 4.918 – auch durch statistische Manipulationen. Der Rückgang der Hartz-IV-Haushalte im Kreis fiel von 7.155 auf 6.388 schon bescheidener aus.

Ein Grund zum Feiern also? Nicht wirklich. Der im Februar veröffentlichte Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverband stellt fest, dass die Armutsquote, die

2005 durch Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau empor geschneit war, weiter von 14,0 Prozent 2006 auf 15,6 Prozent 2013 angestiegen ist.

Dass „Hartz IV Armut per Gesetz (ist)“, wie die damals entstehende Partei DIE LINKE behauptete, liegt nicht nur an den niedrigen Regelsätzen, sondern daran, dass Hartz-IV-Bezieher/innen jede noch so schlechte und niedrig bezahlte Arbeit annehmen müssen. Leiharbeit, Lohndumping, Minijobs und befristete Arbeitsverträge wurden zu Erfolgsmodellen. Reallöhne im un-



Foto: Bürgerinitiative Windrose e.V.

▲ Aus der Schredderanlage der Marburger Rohstoffverwertung (MRV) in Goßfelden entweichen ungefilterte Staubwolken

## Wer schützt die Menschen im Lahntal vor den Schadstoffen?

Seit mehreren Jahren dürfen Landwirte Gras, das in der Nachbarschaft der Marburger Rohstoffverwertung (MRV) in Goßfelden wächst, nicht an Vieh verfüttern, weil es stark mit Schadstoffen belastet ist. In den Grasproben wurden unter anderem hohe Konzentrationen an Dioxinen und Furanen nachgewiesen.

In Gutachten wurde bestätigt, dass als alleiniger Verursacher der Schadstoffe die MRV in Frage kommt. Das Regierungspräsidium in Gießen hatte bereits im Dezember 2013 eine Sanierung mit Sofortvollzug angeordnet. Geschehen ist bis heute nichts. Anwohner beobachten weiterhin die deutlich sichtbaren Staubwolken, die ungefiltert aus dem Dach der Schredderanlage in die Landschaft austreten. Da in der Anlage insbesondere Alt-

PKWs geschreddert werden, sind in dem Staub außer Dioxinen und Furanen weitere Giftstoffe zu vermuten, insbesondere das hochgiftige Chrom-6, welches bis 2007 uneingeschränkt als Korrosionsschutz in Autos angewendet wurde.

Es ist schon erstaunlich, dass mit Giftstoffen belastetes Gras an Tiere nicht verfüttert werden darf, wogegen ein – wie auch immer gearteter – Schutz der Menschen und der Umwelt bis dato ausgeblieben ist.

Die jahrelange Untätigkeit der Behörden hat die Lahntaler Bürgerinitiative Windrose e. V. ins Leben gerufen. Deren Vorstand hat sich jetzt an DIE LINKE im Kreistag mit Bitte um Hilfe gewendet. Eine Große Anfrage zur MRV hat die Fraktion mittlerweile eingereicht. Sie wird berichten, wie es weitergeht.

Ingeborg Cernaj

teren und zum Teil im mittleren Bereich sanken, während Spitzenverdiener zulegen konnten.

Dank niedriger Arbeitskosten freuen sich deutsche Exportunternehmen über exorbitante Gewinne, drücken gleichzeitig die europäischen Partner an die Wand und befeuern nach wie vor die Wirtschafts- und Finanzkrise durch unglaubliche Handelsbilanzüberschüsse. Sind Länder wie Griechenland durch ihre Handelsbilanzdefizite dann überschuldet und nicht mehr konkurrenzfähig, werden ihnen „Reformen“ aufgezwungen, die Hartz IV noch übertreffen.

„Deutschland geht es gut“ sagt die Kanzlerin und meint die Unternehmer und Aktionäre. Das war es auch, was mit Hartz IV erreicht werden sollte.

Auf der Strecke bleiben die Langzeitarbeitslosen auch beim Kreis-JobCenter, wo der Landkreis Hartz IV in Eigenregie umsetzt. Sie heißen zwar jetzt „Kunden“, vor Ein-Euro-Jobs und demütigender Behandlung schützt dies nicht. Wie im Bund, so im Landkreis: Hartz IV ist kein „Sprungbrett“ in den Arbeitsmarkt, sondern eine Sackgasse in Langzeitarbeitslosigkeit. Die Regelsätze zu niedrig, Kinder ohne Zukunft, Altersarmut programmiert. Viel zu oft Sanktionen, statt „Fördern“ und echter Hilfe.

„Hartz IV muss weg“ fordert DIE LINKE seit Anbeginn, weil das der Schlüssel ist für ein Abkehr von der neoliberalen Arbeitsmarktpolitik – auch in Europa.

Hajo Zeller

### Impressum

## Paroli

**Herausgeber:** DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

**Redaktion:** Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

**Layout:** Nico Biver

**Redaktionsschluss:** 25.4.2015

### Kontakt

**DIE LINKE Marburg-Biedenkopf**  
**Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg**  
**Tel. 06421-163873**  
**info@die-linke-marburg.de**  
**www.die-linke-marburg.de**



**Wahlaufruf: Marburger Oberbürgermeisterwahl am 14. Juni  
Für ein soziales und gerechtes Marburg stimmen!**

**Jan Schalauske wählen!**

**Am 14. Juni wird in Marburg ein neues Stadtoberhaupt gewählt. Wir sehen darin Chancen für einen sozialen, demokratischen und ökologischen Kurswechsel.**

Wir wollen,

- dass in Marburg die Baupolitik nicht mehr profitgierigen Investoren überlassen wird, sondern, dass – auch in der Innenstadt – verstärkt Sozialwohnungen gebaut werden;
- dass die Attraktivität des Busverkehrs durch Einführung von Schnellbussen und die Verdichtung der Linien – auch in den Außenstadtteilen – erhöht wird;
- dass allen Menschen Mobilität durch eine schrittweise Umstellung des Busverkehrs auf kostenlose Nutzung ermöglicht wird;
- dass Bürgerbeteiligung frühzeitig und ergebnisoffen erfolgt und erzielte Vereinbarungen von der Stadt eingehalten werden;
- dass die Stadt die Gewerbesteuer auf das Niveau vergleichbarer Städte anhebt und dadurch

mit der UmFAIRteilung auf Kosten der reichen Pharma- und Finanzfirmen ernst macht;

- dass auch auf Marburger Gebiet Windkraftanlagen gebaut und von den Stadtwerken betrieben und ihre Erträge für eine soziale und umweltverträgliche Energie- und Verkehrspolitik genutzt werden;
- dass die Stadt sich für gute Arbeitsbedingungen am Uniklinikum und für seine Rückkehr zum Land engagiert;
- dass die Stadt und ihre Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne abschaffen;
- dass rechten Burschenschaftlern, Kriegsnostalgikern und Neonazis in Marburg kein Raum gegeben wird.



Foto: Laackman Fotostudios Marburg

**Jan Schalauske, der Oberbürgermeisterkandidat der Marburger Linken, hat sich in der Stadtverordnetenversammlung und in gesellschaftlichen Bündnissen stets für eine solche Politik eingesetzt. Wir rufen deshalb dazu auf, am 14. Juni Jan Schalauske zu wählen.**

*Bisherige Unterzeichner/innen:* Friedrich-Martin Balzer | Renate Bastian, Journalistin, OBR Ockerhausen | Tanja Bauer-Wöhr | PD Dr. Johannes M. Becker, Hochschullehrer | Nico Biver, Dipl.-Volkswirt | Peter Böcher, Rentner | Roland Böhm, Gesamtbetriebsratsvorsitzender | Bernd Bonfert, AStA-Referent Kritische Wissenschaft | Anna-Maria Boulnois | Heidi Boulnois | Rainer Boulnois, Rentner | Franziska Brinkmann, Kinderkrankenschwester | Christian Bubel, Apotheker | Sebastian Chwala, Diplom-Politikwissenschaftler | Prof. Dr. Frank Deppe, Hochschullehrer | Volrad Doehner, Lehrer i.R. | Janis Ehling, Bundesgeschäftsführer Die Linke.SDS | Georg Fülberth, Hochschullehrer i.R. | Christel Gbrian-Zimmermann, Rentnerin | Eva Chr. Gottschaldt, freiberufl. Fremdsprachensekretärin/ Lektorin | Martin Gronau, IT-Consultant | Ulrike Grünheid, Kreisausschussmitglied | Betti Gutperl, AStA-Referentin Soziales und Wohnen | Bernd Hannemann, Kreistagsmitglied | Inge Hartman, Erzieherin | Dr. Harri Hecker, Rentner | Lutz Heusinger, Prof. für Kunstgeschichte i. R. | Anna Hofmann, Studentin | Anne Maximiliane Jäger-Gogoll, Lehrbeauftragte | Basti Kettner, AStA-Verkehrsreferent | Dieter Klosowski, Dipl.Ing. (FH) | Urs Köllhofer, StuPa-Mitglied | Astrid Kolter, 2. Vorsitzende des Berufsverbandes der TanztherapeutInnen | Henning Köster, Lehrer, Fraktionsvorsitzender Marburger Linke | Brigitte Kustosch | Elli Lange, Dipl.-Sozialpädagogin | Ludwig Luttrupp, Lehrer | Heinrich Mathis, Wiss. Mitarbeiter | Pit Metz, Dipl.-Pädagoge/ Reha-Lehrer für Blinde und Sehbehinderte | Maria Metzger, Augenoptikerin | Gert Meyer | Christa Meyszner | Ingrid Peglow | Dr. Ines Pinguart, Ärztin | Horst Ries, Rentner | Willi Rieß, Dipl.-Ingenieur | Prof. Rainer Rilling, Soziologe | Prof. Dr. Eckhard Rohmann | Wittich Rossmann | Wolfgang Rothe | Birgit Schäfer-Biver, Künstlerin | Ingeborg Schmidt-Böcher, Rentnerin | Stephanus Schmiedel, Arzt | Ralf Schrader, Lehrer i.R. | Jonathan Schwarz, AStA-Referent für Soziales und Wohnen | Herwig Selzer, Betriebsratsvorsitzender | Andrea Sollwedel, Supervisorin | Prof. Gert Sommer, Hochschullehrer i.R. | Urte Sperling, Krankenschwester | Janka Steiner, Lehrerin i.R. | Inge Sturm, Stadtführerin | Dorian Tigges, AStA-Hochschulreferent | Brigitte Walbe, Kunsthistorikerin | Dr. Sabine Wendt, Rechtsanwältin | Dr. Markus Wöhr, Diplom-Psychologe | Werner Zentner, Sachbearbeiter/Redakteur | Christiane Zielosko, Physiotherapeutin

**Schalauske in der Stichwahl?**

Geht es nach den Schüler/innen der Elisabethschule, gewinnt Jan Schalauske die OB-Wahl. Nach einer Podiumsdiskussion am 22. April wurden bei einer „Wahl“ 229 Stimmzettel, davon 218 gültige abgegeben. Davon entfielen auf:

Jan Schalauske	86 St.	39,4 %
Dirk Bamberger	53 St.	24,3 %
Dr. Thomas Spies	35 St.	16,1 %
Marius Beckmann	28 St.	12,8 %
Dr. Elke Neuwohner	16 St.	7,3 %

**Spenden hilft**

**DIE LINKE rechnet sich**

Da wir Spenden der DVAG und anderer Konzerne ablehnen, brauchen wir Zuwendungen unserer Wähler/innen, um den OB-Wahlkampf der Marburger Linken zu stemmen.

Eine Investition in DIE LINKE könnte sich rentieren, weil dadurch der Bau von mehr Sozialwohnungen, ein Busverkehr zum Nulltarif, ein Mindestlohn von 10 Euro bei der Stadt und eine höhere Gewerbesteuer wahrscheinlicher werden.

Und wer die Spende beim Finanzamt geltend macht, kann bis zur Hälfte zurückerstattet bekommen.

**Spendenkonto:**

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf  
IBAN DE27 5139 0000 0017 6239 07  
Volksbank Mittelhessen  
BIC: VBMHDE5FXXX

**Ich unterstütze den Wahlaufruf für Jan Schalauske:**

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Vorname
<input type="text"/>	<input type="text"/>
E-Mail-Adresse oder Straße	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Beruf/Funktion	Unterschrift

Ich bin mit der Veröffentlichung meines Namens und der Berufs-/Funktionsangabe einverstanden.  
An: Marburger Linke, Bahnhofstr. 6 35037 Marburg oder formlos an: [biver@die-linke-marburg.de](mailto:biver@die-linke-marburg.de)

# Athen am Abgrund

EU und IWF versuchen ein Exempel zu statuieren, um zu verhindern, dass die neue Regierung den Sozialabbau stoppt

Die Wahl der neuen griechischen Regierung polarisiert Europa. Die Griechinnen und Griechen haben ihre korrupten politischen Eliten und das unsoziale Spardiktat der EU abgewählt. Zumindest erhofften sie sich das.

Doch der Gegenwind ist stark. Denn die Maßnahmen der sogenannten „Griechenlandrettung“ haben zwar viele private Gläubiger und große Banken in ganz Europa gerettet, aber keinesfalls Griechenland. Im Gegenteil, nur ein Bruchteil der Kredite an Griechenland kam wirklich im Land an. Der große Rest - und wir reden hier von über dreiviertel der Gelder - ging direkt an Banken und Konzerne - wie etwa die Commerzbank. Sie haben ihre schon verloren geglaubten Gelder letztlich von deutschen Steuerzahlern zurück bekommen.

Deren Geld wurde Griechenland nicht



Foto: Nadine Weigel

# Refugees Welcome!

Erstaufnahmeeinrichtung in Neustadt vor Eröffnung

T-Shirts mit diesem Aufdruck haben wir alle schon gesehen. Aber sind Flüchtlinge überall und stets willkommen? Diese Frage muss auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf beantwortet werden. Umso mehr, als in Neustadt schon bald eine Erstaufnahme-Einrichtung (EAE) für Asylbewerber, zur Entlastung der zentralen Aufnahmestelle in Gießen, eingerichtet wird.

In der Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne, ehemals Bundeswehrstandort, sollen voraussichtlich Ende April die ersten Flüchtlinge einziehen. Am Ende des Jahres könnten es rund 700 Menschen sein, die dort vorübergehend untergebracht und betreut werden. Nach nur wenigen Wochen in Neustadt werden sie gemäß einem festgelegten Schlüssel auf andere Orte verteilt. Ende Januar beschloss die Landesregierung zwei neue EAE in Neustadt und Büdingen zu eröffnen. Daraufhin fand am 26. Februar in Neustadt eine gut besuchte Bürgerinformation statt.

Regierungspräsident Witteck (CDU), Bürgermeister Groll (CDU) und Frau Weppler, Leiterin der zentralen EAE in Gießen, informierten und stellten sich anschließend den Fragen der Bürger/innen.

Hier ging es um ganz alltägliche Fragen. Zum Beispiel wurde befürchtet, dass sich die Wartezimmer in Arztpraxen weiter füllen könnten. Dies konnte leicht geklärt werden, da bereits bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen Untersuchungen vorgenommen werden und Hausärzte zusätzliche Verträge bekommen. Ein Getränkegroßhändler hatte die Sorge, Leergut könnte geklaut werden. Dem steht die Möglichkeit eines Getränkeverkaufs in der Einrichtung entgegen. Und dann die allgegenwärtige Angst: Sicherheit auf den Straßen. Da kam der Vorschlag, abends das Tor der Unterkunft zu verschließen. Gegenargument: Die Unterbringung von Flüchtlingen ist kein Knast. Beeindruckend das Statement einer türkischstämmigen Deutschen, die vor 20 Jahren ins Land kam. Damals empfand sie sich als hilflos, ohne ein Wort Deutsch. Heute beherrscht sie die Sprache perfekt und ist in der Sozialbetreuung tätig. Ihre Erfahrung: „Menschen ticken alle gleich. Man sollte freundlich aufeinander zugehen, dann klappt es.“



Foto: Nadine Weigel

▲ 150 Menschen waren am 23. Februar vor dem Rathaus einem Aufruf von 54 Marburger/innen gefolgt, ihre Solidarität mit Griechenland zu bekunden. Redner Jan Schalauske

etwa geschenkt, wie die Zeitung mit den großen Buchstaben seinen Lesern weismachen will, sondern nur geliehen. 360 Millionen Euro an Zinsen hat die Bundesregierung seit 2010 dafür von Griechenland kassiert.

Die Kredite an Griechenland waren und sind bis heute an Bedingungen geknüpft und keineswegs reine Nächstenliebe: Griechenland soll massiv im Gesundheitssystem, bei den Renten und den Löhnen im Öffentlichen Dienst sparen. Um wieder „wettbewerbsfähig“ zu werden,

wurden z.B. auch die landesweiten Tarifverträge abgeschafft und die Rechte der Gewerkschaften massiv beschnitten. Diese Politik hat die griechische Bevölkerung verarmen lassen und das ganze Land in eine wirtschaftliche Katastrophe geführt. Das griechische Brutto sozialprodukt ist um ein Drittel geschrumpft. Mittlerweile haben ein Drittel der Griechen und Griechinnen keine Krankenversicherung mehr. Wer Krebs oder einfach nur eine Grippe hat, wird nicht mehr behandelt.

Die Griechinnen und Griechen hatten also gute Gründe, ihre alte Regierung abzuwählen, die diese Sparpolitik umgesetzt hat. Die neue Regierung der SYRIZA, der Schwesterpartei der deutschen LINKEN, will nun diese unsoziale Politik beenden und durch Investitionen die Wirtschaft wieder ankurbeln. Nur darf sie es nicht. Allen voran der deutsche Finanzminister Schäuble versucht mit allen Mitteln zu verhindern, dass die griechische Regierung vom rigiden Sparkurs abweicht. Monatlich muss Griechenland Kredite mit horrenden Zinsen bedienen und braucht dazu immer neue Kredite. Diese Notlage nutzen die EU und die deutsche Bundesregierung schamlos aus, um die griechische Regierung unter Druck zu setzen.

Die neue Regierung bekommt kaum eine Chance, um sich an einer anderen Politik zu versuchen. Die EU und die deutsche Bundesregierung versuchen hier, ein Exempel zu statuieren und jeden Ansatz einer sozialen und demokratischen Politik den Garaus zu machen. Wenn eine demokratisch gewählte Regierung ihre Politik nicht mehr bestimmen kann, läuft etwas grundlegend falsch.

Janis Ehling

**SAHRA WAGENKNECHT & JAN SCHALOUSKE**

Donnerstag  
**21. Mai**  
17.00 Uhr  
Am Markt  
Marburg

**MARBURGER LINKE.**